2020/46 Inland

https://jungle.world/artikel/2020/46/studieren-bis-der-zwegat-kommt

Studierende verarmen in der Pandemie

Studieren, bis der Zwegat kommt

Von **Tilman Bärwolff**

Wegen der Pandemie haben viele Studierende ihre Jobs verloren. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek tut wenig gegen die Verarmung.

In einem kürzlich im Spiegel erschienenen Gastbeitrag behauptete der Autor Tim Reichel, in der Coronakrise stecke eine Chance für Studierende. Durch den wegfallenden Weg zur Universität spare man selbst bei einer kurzen Anfahrt zweieinhalb Stunden Fahrzeit pro Woche. Außerdem sei Homeoffice die Zukunft der Arbeit und das Studieren von zu Hause aus deshalb so modern wie noch nie.

Tatsächlich dürften wohl die wenigsten Studierenden in Deutschland die Covid-19-Pandemie als Chance betrachten, sondern eher als Armutsrisiko. Dafür spricht auch die Zahlen, die ein Antrag zur Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden nennt, den die Fraktion der Linkspartei kürzlich im Bundestag einbrachte. Dem Antrag zufolge verfügten rund 37 Prozent der Studierenden wegen der Pandemie über weniger Einkommen. Viele hätten sogar einen Studienabbruch in Betracht gezogen oder vollzogen oder von der Aufnahme eines Studiums abgesehen.

Bei der Erhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Studierenden in Deutschland gab im Jahr 2016 mehr als die Hälfte der Studierenden an, auf eigenen Verdienst angewiesen zu sei. Vor allem Studierende aus nichtakademischen Haushalten seien überdurchschnittlich oft erwerbstätig. Studierende mit »niedriger Bildungsherkunft« finanzieren sich der Studie zufolge zu einem Drittel aus eigener Erwerbstätigkeit. Dagegen trägt die Arbeit neben dem Studium bei Studierenden mit »hoher Bildungsherkunft« nur 20 Prozent zur Studienfinanzierung bei. Eltern kommen für 66 Prozent ihrer Kosten auf. Bei Personen mit »niedriger Bildungsherkunft« liegt dieser Anteil lediglich bei 33 Prozent.

Mit den seit Anfang November geltenden Einschränkungen sind erneut viele Jobs weggefallen, insbesondere in der Gastronomie. Und erneut sind es Studierende ohne zahlungskräftiges Elternhaus, die am meisten unter den Auswirkungen der Pandemie leiden.

Um Einkommensverluste bei Studierenden auszugleichen, gewährte das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Frühjahr für mehrere Monate eine Überbrückungshilfe. Studierende, die nachweisen konnten, wegen der Pandemie in eine finanzielle Notlage geraten zu sein, erhielten bis zu 500 Euro monatlich. Studierendenverbände und andere Institutionen übten damals Kritik. So bemängelte der FZS, der Dachverband der Studierendenvertretungen, in einer Pressemitteilung am 31. Juli mangelnde Transparenz. Von 82 000 Anträgen wurde nur rund die Hälfte bewilligt.

> Der Gewerkschaft Verdi zufolge sollen Studierende seit Beginn der Pandemie fast eine Milliarde Euro an Schulden aufgenommen haben.

Der Generalsekretär des DSW, Achim Meyer auf der Heyde, sagte in einem auf der Website des DSW veröffentlichten Statement, das liege daran, dass viele Betroffene sich zwar in einer Notlage befunden hätten, diese aber nicht pandemiebedingt gewesen sei. Strukturelle Armut sei bereits vor der Pandemie virulent gewesen: »Diese Studierenden sind in einer dauerhaft prekären Notlage.« Er forderte deshalb eine strukturelle Reform der Studienfinanzierung.

Angesichts der neuen Einschränkungen stellt sich das Problem erneut. Wie Zeit Online berichtete, will die Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) die Überbrückungshilfe, die im September ausgelaufen war, wiederaufleben lassen – auf den November begrenzt. Sie könne sich aber vorstellen, die Hilfe bis zum Ende des Wintersemesters zu verlängern. »Wir lassen die Studierenden in dieser Pandemie nicht allein« sagte Karliczek.

Gewerkschaften und Studierendenorganisationen sehen das anders und üben auch an der angekündigten Neuauflage der Überbrückungshilfe Kritik. Im Gespräch mit der Jungle World bezeichnete Isabella Rogner, die zuständige Gewerkschaftssekretärin für die »Bundesarbeitsgemeinschaft Studierende« von Verdi, die Entscheidung des Bildungsministeriums als »völlig unzulänglich«. Sie forderte die sofortige Notfallöffnung des Bafög für bisher ausgeschlossene Gruppen sowie unbürokratische Hilfe für alle Studierenden, die durch die Pandemie und ihre Folgen erhöhten Unterstützungsbedarf haben. Auch Iris Kimizoglu, Vorstandsmitglied des Studierendenverbandes FZS, forderte in einer Pressemitteilung Ende Oktober die Anhebung des Elternfreibetrags beim Bafög auf mindestens 3 500 Euro, damit »Studierende aus den unteren Mittelschichten nicht mehr durch das Bafög fallen«.

Rogner sagte der *Jungle World*, dass nur noch elf Prozent der Studierenden Bafög bezögen. Das sei »ein historischer Tiefstand«. Dagegen hätten Studierende allein von Mai bis September dieses Jahres fast eine Milliarde Euro an Schulden in Form von Studienkrediten bei der Förderbank KfW aufgenommen.

Daneben entstehen vielen Studierenden auch große psychosoziale Belastungen. Gerade Erstsemesterstudierende, die in eine neue Stadt gezogen sind, sind wegen der Pandemie zuweilen sozial völlig isoliert und haben kaum Möglichkeiten, ihre Kommilitonen kennenzulernen. Für Studierende mit Kindern bedeutet eine Erkrankung und die damit verbundene Quarantäne einen erhöhten Betreuungsaufwand, während die Universitäten nach wie vor Studien- und Prüfungsleistungen von ihnen fordern. Während einige

Hochschulen versuchen, zumindest mit eigenen Betreuungs- und Beratungsangeboten zu helfen, lasse Karliczek die Studierenden nach Einschätzung Rogners »völlig im Regen stehen«.

© Jungle World Verlags GmbH